

NIEDERSCHRIFT

über die 31. Sitzung der Bad Königer Stadtverordnetenversammlung am 27. Juni 2019
im Großen Saal der Rentmeisterei

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Anwesende:

a) von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher

SPD

Thomas Seifert

Stadtverordnete

SPD

Roger Nisch

SPD

Willi Jäckel

SPD

Eva Heldmann

SPD

Reinhold Nisch

SPD

Rainer Hofmann

SPD

Bernd Gottschalk

SPD

Jürgen Pawlik

ZBK

Steffen Urich

ZBK

Heike Jäger

ZBK

Dr. Georg Strack

ZBK

Beate Beerbohm

ZBK

Thomas Keil

ZBK

Andrea de la Haye

ZBK

Karlheinz Urich

CDU

Markus Wangler

CDU

Svenja Siehndel

CDU

Bernhard Geist

CDU

Jochen Blatz

Bündnis90/Die Grünen Hedwig Seiler

Es fehlten entschuldigt:

SPD

Jürgen Pawlik

SPD

Alexandra Nisch

SPD

Gerhard Zeltner

ZBK

Martin Schlingmann

ZBK

Helga Marx

CDU

Jannis Blatz

Bündnis 90/Die Grünen Peter Krebs

b) vom Magistrat

Bürgermeister

Axel Muhn

Stadtrat

SPD

Gernot Hofmann

Stadtrat

SPD

Jörg Seifert

Stadtrat

ZBK

Bernd Arndt

Stadtrat

ZBK

Reinhard Baron

Stadtrat

CDU

Willi Reichert

Stadträtin

B90/DG

Gerlinde Freiling

Es fehlte entschuldigt:

Erster Stadtrat

CDU

Oliver Vogt

c) von der Verwaltung

Haupt- und Personalamtsleiter

Markus Best

Stadtbaumeister

Kolja Sparrer

Schriftführerin

Anja Bundschuh

d) von der Presse

Herr Schwinn

TOP 1	Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
--------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher Thomas Seifert eröffnet die 31. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der laufenden Legislaturperiode und begrüßt die anwesenden Damen und Herren Stadtverordneten, Herrn Bürgermeister Axel Muhn, die Mitglieder des Magistrats, die Mitarbeiter der Verwaltung, den Vertreter der Presse und die Zuhörer. Anschließend stellt er die form- und fristgerecht ergangene Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Von den 27 Damen und Herren Stadtverordneten sind 20 anwesend.

Der TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2019, hier: Ermäßigung der Eintrittsgelder in die Odenwald-Therme (STVV 128) wird von der Tagesordnung genommen. Der Antrag wurde zunächst zurückgezogen, bis der Kurverwaltungsrat getagt hat.

Es gilt somit folgende:

Tagesordnung

1. **Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung**
2. **Mitteilungen**
3. **Berichte**
 - a) **Berichte der Ausschussvorsitzenden**
 - b) **Berichte aus den Verbandsversammlungen**
 - c) **Eingegangene Anträge**
4. **Beratung und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen bezüglich des Neubaus der Kindertagesstätte „Fabula“ im Stadtteil Zell**
5. **Beratung und Beschlussfassung**
 - a) **zur Erweiterung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Gem. Bad König „Am Gänsbrunnen“ und dem 1. Nachtrag zur Anlage 4 zwischen der Stadt Bad König und der HLG, hier: Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss**
 - b) **Ergänzung zur Anordnung der Umlegung**
 - c) **- Beschlussfassung über die Weiterführung und Überleitung des vorliegenden Aufstellungsverfahrens unter Anwendung des Verfahrens zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren nach § 13b BauGB**
- Anerkennung des vorgelegten Entwurfs zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit i.S.d. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange i.S.d. § 4 Abs. 2 BauGB, jeweils i.V.m. § 13b BauGB und Beschluss Durchführung der förmlichen Beteiligung auf dieser planerischen Grundlage
6. **Beratung und Beschlussfassung zur Plus-Energie-Siedlung „Am Sonnenhang“ (Arbeitstitel), hier Bodenbevorratung**
7. **Beratung und Beschlussfassung zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) Festlegung der Maßnahmenliste (Nachmeldung Bundesprogramm)**
8. **Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Gebührensatzung vom 20.09.2004 Satzung der Stadt Bad König über die Benutzung der Kindergärten der Stadt Bad König**
9. **Beratung und Beschlussfassung über das Projekt Smart Cities**
10. **Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 05.06.2019, hier: Erstellung eines faunistischen Gutachtens im Bereich des Vorranggebietes Momart in Bezug auf die geplante Erstellung von Windkrafträdern**
11. **Anfragen**

TOP 2	Mitteilungen
--------------	---------------------

Der Bürgermeister teilt folgendes mit:

Die nächste Sitzung der Verbandsversammlung Zentrum Gemeinschaftshilfe findet am 16.07.2019 um 18.00 Uhr statt.

Aufgrund einer Baumaßnahme findet derzeit eine halbseitige Sperrung in Höhe der Bahnhofstraße 12 statt.

Der Umbau der Fußgängerampel in der Kimbacher Straße ist fertiggestellt.

Die halbseitige Sperrung in der Frankfurter Straße bleibt noch bestehen, die Baumaßnahme verzögert sich.

Wegen der geplanten Geschwindigkeitsreduzierung in der Kimbacher Straße sind zunächst verschiedene Behörden anzuhören. Sobald alle Stellungnahmen vorliegen, folgen weitere Mitteilungen. Am kommenden Sonntag findet das Künstlerpicknick im Kurpark statt.

Die ausführlichen Mitteilungen zur Hans-Neidig-Halle, zur Straße nach Momart, zum Feuerwehrgerätehaus Kinzigtal werden als Anhang zum Originalprotokoll genommen.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass allen Stadtverordneten eine vertrauliche Mitteilung bezüglich einer Verlustzuweisung an die Kurgesellschaft vorliegt.

TOP 3 a) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Gottschalk berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Bau- und Planungsausschusses, die gemeinsam am 17.06.2019 getagt haben.

Frau Siehdnel berichtet aus der Sitzung des Sozial-, Sport- und Kulturausschusses, der am 12.06.2019 getagt hat.

TOP 3 b) Berichte aus den Verbandsversammlungen

Herr Thomas Seifert berichtet aus der Verbandsversammlung des Wasserbeschaffungsverbandes Bad König-Brombachtal, die am 27.05.2019 getagt hat.

Frau Seiler berichtet aus der Verbandsversammlung der ekom21, die am 18.06.2019 getagt hat.

TOP 3 c) Eingegangene Anträge

Antrag der ZBK-Fraktion vom 27.06.2019

Maßnahmen für mehr Verkehrssicherheit und zur Verschönerung des Eingangs zum Kurpark, Straße „An den Seen“, Bad König

Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss, den Bau- und Planungsausschuss und in den Sozial-, Sport- und Kulturausschuss verwiesen.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.06.2019

Das alte Feuerwehrhaus in Ober-Kinzig wird nicht verkauft, sondern der Dorfgemeinschaft als Versammlungszentrum zur Verfügung gestellt.

Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss, den Bau- und Planungsausschuss und in den Sozial-, Sport- und Kulturausschuss verwiesen.

TOP 4 Beratung und Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen bezüglich des Neubaus der Kindertagesstätte „Fabula“ im Stadtteil Zell (STVV 124)

Die Herren Gottschalk und Geist berichten aus den jeweiligen Ausschusssitzungen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, das städtische Bauamt mit der Planung der LPH 1-3 für den Neubau der Kindertagesstätte „Fabula“ im Stadtteil Zell zu beauftragen.

Abstimmungsergebnis: **Einstimmige Zustimmung**

TOP 5	Beratung und Beschlussfassung
--------------	--------------------------------------

- a) zur Erweiterung des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Gem. Bad König „Am Gänsbrunnen“ und dem 1. Nachtrag zur Anlage 4 zwischen der Stadt Bad König und der HLG, hier: Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss
- b) Ergänzung zur Anordnung der Umlegung
- c) - **Beschlussfassung über die Weiterführung und Überleitung des vorliegenden Aufstellungsverfahrens unter Anwendung des Verfahrens zur Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren nach § 13b BauGB**
- **Anerkennung des vorgelegten Entwurfs zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit i.S.d. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange i.S.d. § 4 Abs. 2 BauGB, jeweils i.V.m. § 13b BauGB und Beschluss zur Durchführung der förmlichen Beteiligung auf dieser planerischen Grundlage**

Der Stadtverordnetenvorsteher weist auf die Regelung des § 25 HGO hin.

Die Herren Gottschalk und Geist berichten aus den jeweiligen Ausschusssitzungen.

a) Beschluss:

Der Ergänzung zum Aufstellungsbeschluss wird zugestimmt. Das Einverständnis für erforderliche Änderungen wird dem Fachplanungsbüro in Abstimmung mit dem städtischen Bauamt erteilt, sofern die Grundzüge der Planung beibehalten werden.

Abstimmungsergebnis: **13 Ja-Stimmen (7SPD,1B90/DG,5CDU)**
3 Nein-Stimmen (ZBK)
4 Stimmenthaltungen (ZBK)

b) Beschluss:

Der Geltungsbereich wird um die genannten Flurstücke erweitert. Dem ergänzenden Anordnungsbeschluss zur Umlegung und dem 1. Nachtrag zur Anlage 4 zwischen der Stadt Bad König und der HLG wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: **13 Ja-Stimmen (7SPD,1B90/DG,5CDU)**
3 Nein-Stimmen (ZBK)
4 Stimmenthaltungen (ZBK)

c) Beschluss:

Zu a) Zur Gewährleistung einer geordneten städtebaulichen Entwicklung und Ordnung im Sinne des § 1 Abs. 3 BauGB wurde mit dem Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung am 07.12.2017 gemäß § 2 Abs. 1 BauGB das Aufstellungsverfahren für einen so genannten <Bebauungsplan im zweistufigen Regelverfahren> mit der Bezeichnung „Am Gänsbrunnen“ eingeleitet. Es wird alsdann beschlossen, das bereits eingeleitete Aufstellungsverfahren für den Bebauungsplan „Am Gänsbrunnen“ weiterzuführen und in ein Verfahren nach den Maßgaben des § 13b BauGB „Einbeziehung von Außenbereichsflächen in das beschleunigte Verfahren“ überzuleiten sowie die notwendigen Verfahrensschritte auf dieser Grundlage durchzuführen. Es wird festgestellt, dass die Anwendungsvoraussetzungen für ein Bauleitplanverfahren nach § 13a BauGB gegeben sind.

Darüber hinaus wird im Sinne des § 13b i. V. m. § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB beschlossen, von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB unter Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abzusehen. Ferner wird beschlossen, nach § 13 Abs. 3 BauGB von der Umweltprüfung i. S. d. § 2 Abs. 4 BauGB, vom Umweltbericht gemäß § 2a BauGB, von der Angabe nach § 3 Abs. 2 Satz 2, welche Arten umweltrelevanter Informationen verfügbar sind sowie von der zusammenfassenden Erklärung nach § 6 Abs. 5 Satz 3 und § 10 Abs. 4 BauGB abzusehen.

Zu b) Der Bebauungsplan „Am Gänsbrunnen“ wird hiermit als Satzungsentwurf zur Durchführung der förmlichen Beteiligung der Öffentlichkeit i. S. d. § 3 Abs. 2 BauGB sowie der förmlichen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange i. S. d. § 4 Abs. 2 BauGB, jeweils i. V. m. § 13b BauGB anerkannt und gebilligt. Es wird beschlossen, die Beteiligung gemäß §§ 3, 4 Abs. 2 BauGB und die weiteren Verfahrensschritte auf dieser planerischen Grundlage durchzuführen.

Die obigen Beschlussfassungen sind unter Angabe des Ortes und der Dauer der Auslegung sowie unter Angabe, welche Arten umweltrelevanter Informationen verfügbar sind, ortsüblich bekannt zu machen. Grundlage obiger Beschlussfassungen ist der vorgelegte Entwurf des Bebauungsplanes mit Stand Mai 2019 des Planungs- und Ingenieurbüros InfraPro Ingenieur GmbH & Co. KG, Lorsch.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes beinhaltet die Grundstücke mit der amtlichen Katasterbezeichnung Gemarkung Bad König, Flur 2 Nr. 214/1, 216/1, 217, 218/1, 219/1, 220/3, 221/3, 222/3, 223/3, 226/1, 227/1, 328, 329, 330, 331, 332, 333/1, 334/1, 431/2 (teilweise), 415 (teilweise) 544/1, 544/2 (teilweise) sowie 570/1. Der Umgriff des räumlichen Geltungsbereiches zum Bebauungsplan „Am Gänsbrunnen“ ist in nachstehender Abbildung durch eine strichlierte Umgrenzungslinie gekennzeichnet.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen (7SPD,1B90/DG,5CDU)
3 Nein-Stimmen (ZBK)
4 Stimmenthaltungen (ZBK)

TOP 6	Beratung und Beschlussfassung zur Plus-Energie-Siedlung „Am Sonnenhang“ (Arbeitstitel), hier Bodenbevorratung
-------	---

Die Herren Gottschalk und Geist berichten aus den jeweiligen Ausschusssitzungen.

Das Wohngebiet „Am Sonnenhang“ wird als Plus-Energie-Siedlung in Zusammenarbeit vom städtischen Bauamt mit der HLG und den Fachplanern entwickelt.

Dazu soll der Vertrag zur Bodenbevorratung unterzeichnet, im Rahmen der Erschließung ein Energiekonzept erstellt werden und die dafür erforderlichen Schritte, insbesondere die Auswahl möglicher Förderprogramme und die Einbindung externer fachlicher Unterstützung, in enger Abstimmung mit dem Magistrat erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

TOP 7	Beratung und Beschlussfassung zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsprogramms (KIP) Festlegung der Maßnahmenliste (Nachmeldung Bundesprogramm)
-------	--

Die Herren Gottschalk und Geist berichten aus den jeweiligen Ausschusssitzungen.

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Rücknahme der bereits von der Wi-Bank genehmigten Maßnahme „Neubau Kindergarten Zell“.
2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Nachmeldung folgender Maßnahmen für das Kommunalinvestitionsprogramm:
 1. Austausch emissionsstarker Fahrzeuge
 - a. Tanklöschfahrzeug TFL
 - b. Gerätewagen kLKW
 - c. Anhänger FwA Strom
 2. Energetische Ertüchtigung der Rentmeisterei
 - a. Heizungsanlage
 - b. Fenster und Eingangstüren
 - c. Beleuchtung
 3. Schallschutzmaßnahmen in Kindergärten
 - a. Kernstadt
 - b. Etzen-Gesäß
 - c. Nieder-Kinzig

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

TOP 8	Beratung und Beschlussfassung über die Änderung der Gebührensatzung vom 20.09.2004 Satzung der Stadt Bad König über die Benutzung der Kindergärten der Stadt Bad König
--------------	---

Herr Gottschalk und Frau Siehdnel berichten aus den jeweiligen Ausschusssitzungen.

Es liegt folgender Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor:

Die Kindergartengebühren werden zum jetzigen Zeitpunkt nicht erhöht. Eine moderate Erhöhung der Gebühren wird in den nächsten 5 Jahren sukzessive erfolgen. Die Elternbeiräte, das Kindergartenpersonal und die Träger der Einrichtungen sind in den Prozess einzubeziehen.

Frau Seiler spricht für die antragstellende Fraktion.

Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen. Sodann wird über den weitergehenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt.

Die Kindergartengebühren werden zum jetzigen Zeitpunkt nicht erhöht. Eine moderate Erhöhung der Gebühren wird in den nächsten 5 Jahren sukzessive erfolgen. Die Elternbeiräte, das Kindergartenpersonal und die Träger der Einrichtungen sind in den Prozess einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen (1B90/DG, 6ZBK)
12 Nein-Stimmen (7SPD,5CDU)
1 Stimmenthaltung (ZBK)**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

1. Der Gebührenkalkulation der Eckermann & Kraus GmbH vom 09.05.2019 wird zugestimmt. Sie hat der Stadtverordnetenversammlung bei der Beschlussfassung über die Gebührensätze vorgelegen. Die Stadt erhebt Gebühren für ihre öffentlichen Einrichtung Kindergärten nach Art und Umfang der Inanspruchnahme der Einrichtung.
2. Dem vorgeschlagenen Kalkulationszeitraum der Gebührenkalkulation für den Zeitraum 2019/2020 wird zugestimmt. Von der Möglichkeit, die Gebührenkalkulation auf einen längeren Zeitraum (bis zu 5 Jahre) abzustellen, wird kein Gebrauch gemacht.
3. Den in der Gebührenkalkulation enthaltenen Abschreibungssätzen, Zinssätzen, der Abschreibungs- und Verzinsungsmethode sowie weiteren Ermessensentscheidungen wird ausdrücklich zugestimmt.
4. Auf den Ausgleich von Kostenüber- und Unterdeckungen im Sinne des § 10 Abs. 2 Satz 7 KAG wird verzichtet (siehe Ziffer 2.1 der vorliegenden Kalkulation).
5. Auf der Grundlage der vorliegenden Gebührenkalkulation werden die Kindergartengebühren wie folgt festgesetzt:
Auf der Grundlage der vorliegenden Gebührenkalkulation und unter Berücksichtigung der in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung vorgenommenen Veränderungen, soweit sie in der Stadtverordnetenversammlung bestätigt werden, werden die Kindergartengebühren wie folgt festgesetzt:
 - a. Für den Zeitraum ab dem 01.09.2019
Die Betreuungsgebühr beträgt für Kinder ab 3 Jahren 33€. Demgemäß sind die monatlichen Gebühren für die Betreuungszeiten festzusetzen.
Die Betreuungsgebühr beträgt für Kinder ab einem Jahr in Krippengruppen oder altersübergreifenden Gruppen 35€.
Demgemäß sind die monatlichen Gebühren für die Betreuungszeiten festzusetzen.
6. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die vorliegende 11. Änderungssatzung der Gebührensatzung vom 20. September 2004.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen (7SDP,4ZBK,5CDU)
1 Nein-Stimme (B90/DG)
3 Stimmenthaltungen (ZBK)

TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über das Projekt Smart Cities

Herr Gottschalk berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, sich im Einklang mit der Smart City Charta und der gemeinsamen Smart-City-Zielrichtung des Odenwaldkreises am Förderprogramm Smart Cities made in Germany zu beteiligen und entsprechende Smart City Projekte umzusetzen. Daher wird die Stadt Bad König sich bereits während der Bewerbungs- und der Strategiephase nach dem Besten der Möglichkeiten einbringen.

Weiterhin erklärt sich die Stadtverordnetenversammlung bereit, mögliche entstehende Personalkosten wie in Anlage 1 aufgeführt anteilig zu übernehmen. Auch der Einwohnerzahl entsprechende Anteile an Sach- und Investitionskosten werden je nach Haushaltslage und des zu erwartenden Nutzens der jeweiligen Ausgaben übernommen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmige Zustimmung

TOP 10	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion vom 05.06.2019, hier: Erstellung eines faunistischen Gutachtens im Bereich des Vorranggebietes Momar in Bezug auf die geplante Erstellung von Windkraftträdern
---------------	--

Herr Wangler spricht für die antragstellende Fraktion zum Antrag.

Herr Gottschalk berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses.

Der von der Fraktion Bündnis90/Die Grünen eingereichte Antrag wird zurückgewiesen (§ 16 GeschO).

Der Magistrat wird beauftragt innerhalb des laufenden Haushaltsplans schnellstmöglich 12.000 € / brutto zur Verfügung zu stellen, um einen Gutachter mit Kartierungen für ein faunistisches Gutachten im Bereich der Vorranggebiete in der Gemarkung Bad König zu beauftragen. Im Zweifel soll das Geld in einem Nachtragshaushalt in den aktuellen Plan eingestellt werden.

Der Magistrat wird weiterhin beauftragt schnellstmöglich einen entsprechenden Gutachter zu ermitteln und ihn ordnungsgemäß mit der Erstellung des Gutachtens im Bereich der Vorranggebiete in der Gemarkung Bad König zu beauftragen, sodass ein fertiges Gutachten dem Regierungspräsidium Darmstadt so schnell wie möglich zugestellt werden kann.

**Abstimmungsergebnis: 18 Ja-Stimmen (7SPD,6ZBK,5CDU)
2 Nein-Stimmen (1B90/DG,1ZBK)**

TOP 11	Anfragen
---------------	-----------------

Frau Beerbohm hat folgende Anfragen:

- 1) Wie ist der Sachstand bezüglich der „Zentralen Vergabestelle des Odenwaldkreises“.
- 2) Wie ist der Sachstand Kanalisation Waldstraße.
- 3) Wurde die Odenwaldklinik versteigert.

Der Bürgermeister erklärt Folgendes:

- 1) Der Vertrag wurde von allen Kommunen unterzeichnet.
- 2) Der Magistrat hat mit Umlaufbeschluss zugestimmt, dass die Ausschreibung aufgehoben wird.
- 3) Die Odenwaldklinik wurde verkauft. Näheres könne er hoffentlich in der nächsten Sitzung berichten.

Frau Jäger möchte wissen, ob man für die Beantragung eines Ausweisdokumentes vorab Termine vereinbaren müsse und man ohne Termin nicht mehr bedient werde.

Der Bürgermeister erklärt, dass man jederzeit während der Öffnungszeiten Ausweisdokumente beantragen können, Termine seien seines Wissens nicht notwendig. Er wird die Angelegenheit dennoch mit der Fachabteilung besprechen.

Frau Jäger möchte wissen, an wen man sich wenden muss, wenn man einen Treppenlift beantragen will.

Der Bürgermeister erklärt, man könne sich an den Odenwaldkreis oder den Integrationsfachdienst wenden.

Herr Keil möchte wissen, wann die finanzielle Beteiligung der Kirchen an den Kindergärten das letzte Mal erhöht wurde.

Ebenso möchte er wissen, wann die kaum noch lesbaren Straßenschilder erneuert werden.

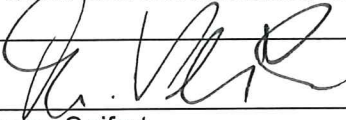
Der Bürgermeister erklärt, dass der kirchliche Träger der Kindergärten das Dekanat Odenwald ist.

Die Kostenbeteiligung wurde von der Landeskirche gedeckelt. Eine Erhöhung der Beteiligung ist eher nicht denkbar. Er wird dennoch dort nachhaken. *fragen.*
Die Erneuerung der Straßenschilder wird dem Bauhof in Auftrag gegeben.

Herr Dr. Strack möchte wissen, ob schon gehandelt wurde, bezüglich der von der Aufsichtsbehörde geforderten in Regressnahme von städtischen Bediensteten.
Der Bürgermeister erklärt, dass, nach einem Vorgespräch, auf ein Statement einer Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zur weiteren Vorgehensweise gewartet wird. Sodann werde man mit der Kommunalaufsicht abstimmen, wie weiter vorgegangen werden kann.

Herr Reinhold Nisch möchte gerne wissen, wann die Tourismuszentrale auf volle Touren kommt, wie weit die Hundewiese ist und ob das Konzept, dass an allen öffentlichen Einrichtung stets ein Behindertenparkplatz installiert werden muss, für Bad König umgesetzt ist.
Die Kollegin, die die Tourismuszentrale betraut ist leider erkrankt. Er sei mit Herrn Eger im Gespräch.
Die Homepage ist online.
Der Standort der Hundewiese am alten Sportplatz wurde von der Unteren Naturschutzbehörde abgelehnt. Derzeit werden andere Standorte geprüft.
Für die Schulen, sei man mit dem Odenwaldkreis im Gespräch, für die anderen öffentlichen Einrichtungen muss der Sachstand erhoben und die Einrichtung der benötigten Plätze geprüft werden.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.

	<i>Anja Bundschuh</i> 2517
Thomas Seifert Stadtverordnetenvorsteher	Anja Bundschuh Schriftführerin